

Wahlprüfsteine

IKK - Stab Politik

Welche Vorschläge haben Sie, um die Krankenhausstruktur zur Verbesserung der Qualität der Versorgung weiter zu entwickeln?

In Hessen gibt es seit 5 Jahren keine strukturierte Krankenhausplanung, das erzeugt einen hohen Handlungsdruck, welchem wir Freien Demokraten entschieden nachkommen wollen. Dabei zielen wir auf eine bedarfsgerechte und patientennahe Versorgung, die unabhängig von der geografischen Lage, ob in der Stadt oder auf dem Land, auf einem gleichwertigen Niveau stattfindet. Da die derzeitige Herausforderung in dem Ungleichverhältnis zwischen Überversorgung in Ballungsgebieten bei gleichzeitiger Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten liegt, wollen wir über die Bundesebene insbesondere hierauf den Fokus setzen. Daneben wollen wir die Stärkung der sektorenübergreifenden Versorgung ebenfalls vorantreiben, um effizient und patientennah zu agieren mit der Folge das Gesundheitssystem dabei noch zu entlasten. Die Verbesserung der Versorgungsqualität stellt für uns das zentrale Planungskriterium bei der Reformierung der Krankenhauslandschaft dar. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, bürokratische Hürden abzubauen und moderne Lösungen zu finden, um eine hochwertige und zugängliche medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Für uns bedeutet eine effiziente und patientennahe Versorgung in Hessen der bislang mangelnden Führung durch die Ministerien und der fehlenden Krankenhausplanung zu begegnen. Dazu wollen wir in Abhängigkeit zur Qualität und Versorgung der bestehenden Häuser die Krankenhausplanung sinnvoll strukturieren. Grundsätzlich spielt hierzu der Dialog in den jeweiligen Regionen Hessens über die künftige stationäre Versorgung eine herausragende Rolle. Dabei beachtet werden soll auch, das Angebot sinnvoller Verbundlösungen.

Welche Investitionsaufwendungen des Landes halten Sie in Ihrem Bundesland für erforderlich, um den Investitionsstau in Krankenhäusern zu beseitigen?

Die Beseitigung des Investitionsstaus in Krankenhäusern erfordert eine umfassende finanzielle Unterstützung und Investitionen seitens der Landesregierung. Laut des Klinikverbands Hessen e.V. erwies sich bereits im Jahr 2022 eine Investitionslücke von über 150 Mio.€. Diese wurde trotz Verpflichtung für die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser im Rahmen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes von der hessischen Landesregierung nicht geleistet. Ungeachtet der Steigerung im Landeshaushalt ist laut Klinikverbund Hessen e.V. ein Gesamtförderbedarf von mindestens 460 Mio. € jährlich erforderlich, um lediglich die notwendigsten Investitionen vornehmen zu können. Diese Verpflichtung wollen wir Freie Demokraten ernst nehmen und den bislang fehlenden Fokus wieder auf die Sicherung der medizinischen stationären Krankenhausversorgung richten.

Wie wollen Sie auch zukünftig eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung, insb. im ländlichen Bereich, gewährleisten?

Die gleichmäßige Verteilung der ambulanten ärztlichen Versorgung zwischen ländlichen und urbanen Regionen wollen wir in Hessen angehen und eine sektorenübergreifende Wirkung erzielen. Dazu werden wir folgende Steuerungsinstrumente einsetzen:

1. **Telemedizin und digitale Gesundheitsangebote:** Die Förderung von Telemedizin und digitalen Gesundheitsangeboten soll dazu beitragen, medizinische Beratung und Versorgung unabhängig von der geografischen Lage zugänglich zu machen. Dies verbessert den Zugang zu ärztlicher Versorgung in ländlichen Regionen.
2. **Niederlassungsanreize:** Durch finanzielle Anreize oder Vergünstigungen können Ärzte dazu ermutigt werden, sich in ländlichen Regionen niederzulassen. Dies trägt dazu bei, die Versorgungslücken zu verringern.

3. **Kooperationsmodelle:** Die Förderung von Kooperationsmodellen zwischen ambulanten Ärztinnen und Ärzten, Kliniken, Pflegeeinrichtungen und anderen Gesundheitsakteuren kann die Versorgung effizienter gestalten und die Fachexpertise besser nutzen.
4. **Mobile Versorgungseinheiten:** Die Einrichtung mobiler Versorgungseinheiten oder Arztpraxen in unterversorgten Gebieten höht die Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung.
5. **Medizinische Versorgungszentren (MVZ):** Die Einrichtung von MVZ, die von verschiedenen Ärzten gemeinsam betrieben werden, bündelt Fachkompetenz und bietet eine breitere Palette von medizinischen Leistungen in ländlichen Regionen an.
6. **Stärkung der Allgemeinmedizin:** Eine gezielte Förderung der Allgemeinmedizin, auch durch Aus- und Weiterbildungsangebote, stärkt dabei die Grundversorgung in ländlichen Gebieten. Das ist besonders im Hinblick auf dem Odenwaldkreis ein wesentlicher Vorteil.
7. **Flexible Arbeitszeitmodelle:** Die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle für Ärztinnen und Ärzte in ländlichen Gebieten soll dazu eingesetzt werden, die Attraktivität solcher Standorte zu erhöhen.
8. **Anpassung der Bedarfsplanung:** Die Bedarfsplanung für ärztliche Versorgung muss flexibel auf regionale Gegebenheiten reagieren. Wir werden die Planung kontinuierlich überprüfen und anpassen.

Diese alternativen Steuerungsinstrumente könnten in einem ganzheitlichen Ansatz kombiniert werden, um die Ungleichheit in der ambulanten ärztlichen Versorgung zu reduzieren und sektorenübergreifende Effekte zu erzielen. Diese Umsetzung würde eine enge Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsbehörden, Ärzteverbänden und anderen relevanten Akteuren erfordern.

Wie wollen Sie die psychotherapeutische Versorgung, insb. im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie, sicherstellen?

Die Sicherstellung einer angemessenen psychotherapeutischen Versorgung, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie, ist für uns Freie Demokraten von großer Bedeutung. Durch diese umfassenden Maßnahmen streben wir an, die psychotherapeutische Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie zu stärken und sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Unsere Maßnahmen zur Gewährleistung dieser Versorgung umfassen:

1. **Ausbau von Ausbildungsplätzen:** Wir werden die Ausbildung von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten ausbauen, um die Anzahl qualifizierter Fachkräfte zu erhöhen und Engpässe zu verringern.
2. **Förderung von Niederlassungen:** Durch finanzielle Anreize und Unterstützung bei der Praxisgründung möchten wir junge Psychotherapeuten ermutigen, sich in Regionen niederzulassen, in denen der Bedarf besonders hoch ist.
3. **Integrierte Versorgungsmodelle:** Wir werden integrierte Versorgungsmodelle fördern, die eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachdisziplinen ermöglichen und somit eine umfassende Betreuung der Patienten gewährleisten.
4. **Teletherapie und Online-Angebote:** Wir werden den Einsatz von Teletherapie und Online-Plattformen fördern, um auch in entlegenen Gebieten Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung zu bieten. Der gezielte Ausbau von Teletherapie und Online-Plattformen wird es uns ermöglichen, die psychotherapeutische Unterstützung noch breiter zugänglich zu machen, insbesondere in ländlichen Gebieten. Durch diese modernen Ansätze können Kinder und Jugendliche flexibler auf professionelle Hilfe zugreifen, ohne lange Anfahrtswege in Kauf nehmen zu müssen. Wir werden sicherstellen, dass die Qualität dieser Angebote gewährleistet ist und die Privatsphäre der Patienten geschützt wird.
5. **Früherkennung und Prävention:** Wir werden Maßnahmen zur Früherkennung und Prävention von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen verstärken,

um rechtzeitig Unterstützung bieten zu können. Unsere verstärkten Maßnahmen zur Früherkennung und Prävention von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen dienen dazu, Probleme bereits in einem frühen Stadium zu erkennen und gezielt Unterstützung anzubieten. Wir werden Schulen, Eltern und Fachkräfte sensibilisieren und schulen, um Warnzeichen frühzeitig zu erkennen. Zudem werden wir präventive Angebote ausbauen, die Kindern und Jugendlichen helfen, stressige Situationen zu bewältigen, soziale Kompetenzen zu entwickeln und ihre psychische Gesundheit zu stärken. Durch eine Kombination aus Aufklärung, Sensibilisierung und gezielten Maßnahmen möchten wir dazu beitragen, psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen zu reduzieren und ihnen eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen.

6. **Ausbau von Schulpsychologie, Schulgesundheitsfachkräften und Sozialarbeit an Schulen:** Wir wollen die Stellen im Bereich der Schulpsychologie ausbauen, um Schülerinnen und Schüler aber auch Lehrkräfte und weiteres an Schule tätiges Personal besser unterstützen zu können. In Hessen kommen im Schnitt 6.300 Schülerinnen und Schüler auf einen Schulpsychologen. Diese Relation ist nicht zufriedenstellend und widerspricht internationalen Empfehlungen. Einen weiteren Fokus wollen wir auf den Ausbau der Sozialarbeit an Schulen legen: Dabei müssen die verschiedenen vorhandenen Angebote sinnvoll verzahnt werden. Die Einbindung der Schulsozialarbeit in eine landesgesetzliche Regelung wollen wir prüfen. Vor dem Hintergrund einer starken gesundheitlichen Belastung von Schülerinnen und Schülern wollen wir auch die Arbeit von Schulgesundheitsassistenten verstärken.
7. **Barrierefreier Zugang:** Wir werden darauf achten, dass der Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung barrierefrei gestaltet ist und die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und deren Familien berücksichtigt werden.
8. **Forschung und Weiterbildung:** Wir werden über die Bundesebene Forschung und Weiterbildung in der Kinder- und Jugendpsychotherapie fördern, um stets auf dem neuesten Stand der Behandlungsmethoden zu sein.

Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um Arzneimittellieferengpässe in den Griff zu bekommen?

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Forschungs- und Produktionsstandort Deutschland für Arzneimittel zu stärken?

Die Bundesregierung hat auf Lieferengpässe bei Arzneimitteln reagiert und das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz am 26. Juli 2023 eingeführt. Ziel ist die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung in Deutschland. Hierbei werden europäische Produzenten, besonders für Antibiotika, gestärkt. Krankenkassen werden verpflichtet, Hersteller aus der EU und dem Europäischen Wirtschaftsraum zu berücksichtigen.

Die Vereinfachung der Austauschregelungen für Arzneimittel in Apotheken ermöglicht es, wirkstoffgleiche Präparate abzugeben, falls ein bestimmtes Medikament nicht verfügbar ist. Apotheken und Großhändler erhalten dafür einen Zuschlag. Zusätzlich werden größere Vorräte für wichtige Medikamente gehalten, um Engpässen vorzubeugen. Krankenhausapotheken richten Sicherheitspuffer ein. Ein Frühwarnsystem beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte soll Lieferengpässe frühzeitig erkennen.

Diese Maßnahmen sollen die Arzneimittelversorgung in Deutschland verbessern und Lieferengpässen entgegenwirken, indem europäische Produktion gestärkt, Austauschregelungen vereinfacht, Vorräte erhöht und ein Frühwarnsystem eingeführt werden.

Wie möchten Sie insb. eine flächendeckend möglichst optimale Rettungsdienst- bzw. Notfallversorgung sicherstellen?

Welche weiteren Anpassungen halten Sie im Rettungsdienstgesetz für erforderlich, um die Notfallversorgung zu verbessern?

Die Kooperation und Koordination zwischen dem kassenärztlichen Notdienst, dem Rettungsdienst und den Notaufnahmen der Krankenhäuser in Hessen ist von großer

Bedeutung, um eine effektive und patientenzentrierte Versorgung von Notfallpatientinnen und -patienten zu gewährleisten und Fehlsteuerungen sowie Überlastungen zu vermeiden. Ein Schnittstellenprojekt, das zur ambulanten Notfallversorgung bereits angelaufen und deutschlandweit einzigartig agiert, ist das SaN-Modell. Bei der "Sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung" (SaN) erhalten mithilfe des Einsatzes digitaler Systeme Patientinnen und Patienten frühzeitig die richtige Versorgung. Dadurch kann effektiv verhindert werden, dass Patientinnen und Patienten mit weniger schweren Erkrankungen Ressourcen der Notfallaufnahme von Kliniken binden, die idealerweise der akuten Behandlung von schwer erkrankten Personen dienen sollen. Das Modell arbeitet besonders effizient, indem es bereits vorhandene Strukturen miteinander vernetzt, um so neue nicht erst entwickeln und integrieren. Dabei wird zuvorderst unterschieden, ob es sich hierbei um einen Notfall oder Non-Notfall handelt. Das gelingt über eine **telemedizinische Patientensteuerung** (über die Systeme SmED und IVENA) zur besseren Einschätzung der Dringlichkeit von Notfällen und gezielten Vermittlung an die richtigen Versorgungseinrichtungen (**kassenärztlichem Notdienst, Rettungsdienst, der Krankenhäuser, ABD-Zentralen und Arztpraxen**). Nicht indizierte Einsätze können dadurch weitestgehend vermieden und Ressourcen zum allgemeinen Wohl der Patientinnen und Patienten freigesetzt werden. Eingebunden in das Projekt sind bislang drei hessische Landkreise (Mainz-Kinzig, Main-Taunus sowie Gießen). Dieses deutschlandweit einzigartige Projekt wollen wir auf weitere Landkreise ausbauen und unterstützen, um flächendeckend die damit verbundenen Vorteile zum Wohl der Patientinnen und Patienten zu nutzen.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie das Angebot an ambulanten und stationären Angeboten in der Pflege verbessern?

Unsere Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Pflegeversorgung in Deutschland zukunftsfähig zu gestalten. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Pflege ein, die die individuellen Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt und ihnen eine würdevolle Lebensqualität im Alter ermöglicht. Wir wollen dazu die finanzielle Belastung für Pflegebedürftige und ihre Familien senken. Daher werden wir die **Eigenbeteiligung deckeln oder reduzieren**, um sicherzustellen, dass niemand aufgrund finanzieller Hürden auf dringend benötigte Pflege verzichten muss. Die Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ist uns ein besonderes Anliegen. Dies gilt ebenfalls für die Palliativmedizin, in der einfühlsame Begleitung und Beratung von großer Bedeutung sind. Wir werden daher sicherstellen, dass sowohl Pflegebedürftige als auch ihre Angehörigen in dieser schwierigen Phase angemessen unterstützt werden. Um eine **bedarfsgerechte Verteilung der Mittel** sicherzustellen, werden wir die **Prioritäten in den Haushalten neu setzen**. Die Betreuung von Pflegebedürftigen und älteren Menschen muss einen angemessenen Stellenwert erhalten. Wir werden staatliche Leistungen anpassen und optimieren, um eine gerechte Versorgung zu gewährleisten. Der **Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen** ist ebenfalls ein zentraler Punkt unserer Strategie. Kurzzeitpflegeplätze bieten eine wichtige Entlastung für pflegende Angehörige und ermöglichen Pflegebedürftigen eine vorübergehende Unterbringung in einer professionellen Einrichtung. Durch ein **Online-Register** für Kurzzeitpflegeplätze werden die Verfügbarkeit und die Suche nach geeigneten Plätzen erleichtert. Die häusliche Pflege ist für viele ältere Menschen der Wunsch, um in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben. Wir werden sicherstellen, dass die notwendigen **Ressourcen für ambulante Pflegedienste** bereitgestellt werden, damit eine hochwertige Betreuung gewährleistet ist. Darüber hinaus setzen wir auf **digitale Lösungen und technische Hilfsmittel**, um Pflegeprozesse effizienter zu gestalten. Telemedizinische Angebote, elektronische Patientenakten und Assistenzsysteme können die Pflege unterstützen und verbessern. Für ein effizienteres Arbeiten fordern wir **Verbundlösungen**, also Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren, wie Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Kommunen, um eine nahtlose Versorgungskette sicherzustellen. **Letztlich entscheidet das Wohl unserer Pflegekräfte über die Sicherung der Versorgungsqualität**. Dazu wollen wir neben einer **angemessenen finanziellen Entlohnung**, auch die **Arbeitsbedingungen verbessern**. Dazu zählen wir zuvorderst **familienfreundliche Arbeitszeitmodelle** und einem ausreichenden Angebot an Betreuungsplätzen in Kitas und Kindergärten. Darüber hinaus wollen über eine **Weiterbildungsoffensive die Karrierechancen für das Pflegepersonal erhöhen**. Im **Rahmen dieser Offensive soll auch Pflegepersonal adressiert werden**, das bereits in andere

Berufsfelder abgewandert ist. Die Offensive soll damit auch eine **Wiedereingliederung** in die Pflege umfassen.

Welche Investitionsaufwendungen des Landes halten Sie in Ihrem Bundesland für erforderlich, um das Pflegeangebot zu verbessern?

Insgesamt streben wir an, die Pflegeinfrastruktur und -qualität in unserem Bundesland nachhaltig zu sichern. Dies erfordert eine langfristige Investitionsstrategie, um den steigenden Anforderungen an eine moderne und bedarfsgerechte Pflegeversorgung gerecht zu werden. Eine Verbesserung des Pflegeangebots erfordert angemessene Investitionen in Infrastruktur, Fachkräfte und technologische Innovationen. Konkret sehen wir die Notwendigkeit von Investitionen in folgenden Bereichen:

Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern: Die Pflegebranche leidet unter einem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Wir werden daher Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften unterstützen. Zusätzlich sind attraktive Arbeitsbedingungen und angemessene Gehälter wichtig, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten.

Telemedizin und Digitalisierung: Wir Freie Demokraten erkennen das enorme Potenzial der Digitalisierung, um die Pflegearbeit effizienter und entlastender zu gestalten. Wir wollen digitale Lösungen, Automatisierung und Robotik verstärkt in der Pflege einzusetzen. Dabei halten wir die Nutzung elektronischer Patientenakten, automatisierter Medikamentenverwaltung und robotischer Unterstützungssysteme für äußerst erfolgversprechend. Diese Innovationen haben das Potential, den Pflegealltag spürbar zu erleichtern und zugleich die Sicherheit und Qualität der Pflege zu erhöhen. Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, bürokratische Hürden zu reduzieren und den Pflegekräften mehr Zeit für ihre Kernaufgaben zu verschaffen.

Pflegende Angehörige entlasten: Wir setzen uns nachdrücklich für den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen ein, um pflegende Angehörige wirksam zu entlasten. Diese Menschen sind unverzichtbare Stützen in der pflegerischen Versorgung und verdienen unsere Unterstützung. Wir schaffen transparente Strukturen, indem wir die Verfügbarkeit von Kurzzeitpflegeplätzen über ein Online-Register zugänglich machen. Zudem setzen wir uns für niedrigschwellige Beratungsangebote ein, um pflegende Angehörige bestmöglich zu unterstützen. Besonders im Kontext von Demenz benötigen wir aufsuchende Beratung und den Ausbau demenzfreundlicher Quartiere. Durch die Integration digitaler Anwendungen und Telepflege schaffen wir eine wertvolle Unterstützung für die häusliche Pflege. In ländlichen Gebieten eröffnen wir somit die Möglichkeit, die Versorgung im vertrauten Umfeld aufrechtzuerhalten und zu verbessern.